

Klimakonferenz in Glasgow

30 Staaten für Ausstieg aus Verbrennungsmotor bis 2040 – Deutschland außen vor

10. November 2021



Teilnehmer bei der UNO-Klimakonferenz in Glasgow. (dpa)

Bei der Welt-Klimakonferenz in Glasgow hat sich ein Bündnis aus rund 30 Staaten sowie Städten und Unternehmen zum Umstieg auf emissionsfreie Autos bis spätestens 2040 bekannt. Zu den Unterzeichnern gehören neben dem Gastgeberland der Konferenz, Großbritannien, auch einige EU-Staaten. Deutschland ist nicht dabei.

Neben Dänemark, Polen, Österreich und Kroatien wollen sich weitere Industrieländer das Ziel stecken, Verbrennungsmotoren aus der Fahrzeugindustrie zu verbannen – darunter auch Israel und Kanada. Auch Schwellen- und Entwicklungsländer wie die Türkei, Paraguay, Kenia und Ruanda schlossen sich der Initiative an. Die beteiligten Fahrzeughersteller sagten zu, in führenden Märkten bis spätestens 2035 nur noch emissionsfreie Autos und Kleinbusse zu verkaufen.

Von den deutschen Autobauern schloss sich Mercedes Benz der Initiative an. Außerdem sind Hersteller wie Ford, Volvo und Jaguar Landrover mit dabei. Darüber hinaus beteiligen sich zahlreiche Unternehmen, die in die Autoindustrie investieren oder über eigene Wagenflotten verfügen, wie beispielsweise Eon, Ikea und Unilever.

Deutschland hält sich zurück

Deutschland wird die Erklärung auf dem Gipfel nicht unterzeichnen. Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums erklärte, die Zurückhaltung sei das Ergebnis einer regierungsinternen Prüfung. Es bestehe innerhalb der geschäftsführenden Regierung zwar Konsens, dass bis 2035 nur noch Null-Emissionsfahrzeuge zugelassen werden sollen. Allerdings bestehe keine Einigkeit in der Frage, ob aus erneuerbaren Energien gewonnene e-Fuels in Verbrennungsmotoren Teil der Lösung sein können. Das Umweltministerium hält demnach synthetische Kraftstoffe in Pkw mit Blick auf Verfügbarkeit und Effizienz nicht für zielführend, der geschäftsführende Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) dagegen schon.

Erster Entwurf für Abschlusserklärung

Insgesamt will sich die UNO-Klimakonferenz für weltweit schnellere und verstärkte Klimaschutzanstrengungen aussprechen. Die Staaten seien aufgerufen, ihre Pläne für eine Abkehr von fossilen Energieträgern und die damit verbundene Dekarbonisierung zu stärken, heißt es in dem Textentwurf für das Abschlussdokument. Die Regierungen sollen dies demnach bereits bis Ende 2022 tun – drei Jahre früher als ursprünglich geplant.

Der Textentwurf verweist auf das Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Dies erfordere bedeutende und effektive Maßnahmen aller Seiten. Nötig seien eine schnelle, tiefe und nachhaltige Verringerung der Treibhausgasemissionen.

Noch bis übermorgen verhandeln die Abgesandten aus fast 200 Staaten im schottischen Glasgow über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Der nun vorgelegte Textentwurf soll den Rahmen bilden, in dem alle wichtigen Verhandlungsthemen zusammengefasst werden.

Diese Nachricht wurde am 10.11.2021 im Programm Deutschlandfunk gesendet.